

Diskussion um Fragen der Christologie im Zusammenhang mit der Problematik des interreligiösen Dialogs vorangetrieben. Auf der Konferenz in Nairobi war es der indische Jesuit, *George Soares-Prabhu*, der das Modell einer „inklusive Christologie“ zur Debatte stellte. An Jesu von Nazareth Einsatz für die Armen und Entrechteten seiner Zeit entwickelte er eine kenotische Christologie, die offen ist für ähnliche Erfahrungen in anderen religiösen Traditionen. Ähnliche Gedanken trug auch *Tissa Balasuriya*, ein Theologe aus Sri Lanka, bei, der gerade ein Buch zur Christologie veröffentlicht hat, in dem er den Vorwurf erhebt, daß durch die von den Konzilien im 4. und 5. Jahrhundert entwickelte Christologie später das theologische Gespräch mit dem Islam und den asiatischen Religionen unmöglich geworden sei.

Die Diskussion über die neuen christologischen Ansätze aus Asien hat unter den EATWOT-Theologen wohl begonnen, es wird aber wohl noch einige Zeit brauchen, bis die afrikanischen und lateinamerikanischen Theologen hier eigenständig mitreden können. Asiatische Theologen stehen in einer ganz anderen Herausforderung durch die direkte Begegnung mit den Religionen ihres Kontinents. In der Behandlung der christologischen Problematik zeigten sich aber die Grenzen einer „Konferenztheologie“, weil es die Eigenart einer EATWOT-Konferenz ist, Fachtheologen, Vertreter von Aktionsgruppen, Sozialarbeiter und Angehörige von Basisgruppen zusammenzubringen. Die Diskussion in Nairobi erbrachte aber immerhin, daß die angesprochenen christologischen Fragen für alle Kontinentalgruppen von EATWOT so bedeutsam sind, daß sie auf der Tagesordnung für die nächsten Jahre bleiben sollten.

Während der Konferenz wurde an einem *Schlußdokument* gearbeitet, das gegen Ende im Entwurf vorgestellt und grundsätzlich gebilligt wurde. Es beschreibt den „Schrei nach Leben“ angesichts der Mechanismen der Unterdrückung, nennt als Zeichen der Hoffnung verschiedene neue Strömungen einer Theologie der Dritten

Welt und benennt einige Alternativen und Strategien, um den theologischen Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden. Im Oktober dieses Jahres soll zeitgleich zur Vollversammlung der CELAM in Santo Domingo eine größere Konferenz „Amerindia“ durchgeführt werden. Grundsätzlich wurde auch beschlossen, den *Dialog unter den verschiedenen Regionen innerhalb von EATWOT* zu verstärken und das Gespräch mit Theologen der Ersten Welt, das seit der Genfer Konferenz 1983 nur sporadisch weitergeführt wurde, wieder aufzunehmen.

Auf der Konferenz von Nairobi war eine relativ große Zahl von „Beobachtern“ aus mit EATWOT befreundeten Organisationen – vornehmlich Vertreter von Hilfswerken, aber auch theologischen Institutionen – aus der Ersten Welt anwesend. Auch wenn dies auf eine Einladung der Organisatoren zurückging, wurde von einigen EATWOT-Mitgliedern doch kritisch angemerkt, daß die Anwesenheit von Vertretern aus der Ersten Welt den Klärungsprozeß unter den Theologen aus der Dritten Welt nachhaltig störe. Auf der Konferenz wurde in dieser Frage ein *modus vivendi* gefunden. Die Diskussion machte aber auch deutlich, daß der interne Dialog zwischen den verschiedenen kontinentalen Gruppen und innerhalb dieser Gruppierungen nicht besonders gut entwickelt ist.

EATWOT ist noch immer in erster Linie eine Vereinigung, die von den größeren Konferenzen lebt, auf denen Austausch möglich ist, Bestandsaufnahmen unternommen werden und bestimmte gemeinsame Programme abgesprochen werden können. Die Tendenz zu einer Ausschaltung der EATWOT wurde aber nicht von allen Mitgliedern geteilt. Auch aus den eigenen Reihen wurde davor gewarnt, EATWOT zu einem exklusiven Club verkommen zu lassen. Vielmehr sei Zusammenarbeit über die Grenzen der Mitgliedschaft hinweg mit allen theologischen Kräften in der Dritten, aber auch in der Zweiten und Ersten Welt zu suchen, die die gleichen Ziele wie EATWOT verfolgen.

Georg Evers

Große Probleme und kleine Hoffnungen

Bulgarien zwei Jahre nach der „Wende“

Im Oktober letzten Jahres wurde die „Union Demokratischer Kräfte“ bei den Parlamentswahlen in Bulgarien stärkste Partei und verwies die ehemaligen Kommunisten auf den zweiten Platz. Präsident Shelev, ein früherer Dissident, wurde im Januar in direkten Wahlen in seinem Amt bestätigt. Die Abkehr vom alten System und seinen Repräsentanten ist damit auch in Bulgarien vollzogen, es bleiben aber die enormen Probleme beim Übergang zur Marktwirtschaft. Wolf Oschlies vom Bundesinstitut für

ostwissenschaftliche und internationale Studien gibt im folgenden Bericht einen anschaulichen Einblick in die gegenwärtige Situation und Stimmungslage des Balkanlandes. Er schreibt damit seinen Bericht über die „Wende“ in Bulgarien fort (vgl. HK, März 1990, 138 ff.).

Wo steht Bulgarien im Jahre zwei nach seiner „Promjana“, seiner „Wende“ vom Spätherbst 1989? Das wollten drei russische Journalisten von den „Moskauer Nachrichten“

auch wissen, und so setzten sie sich Anfang Januar 1992 mit dem bulgarischen Präsidenten *Shelju Shelev* zusammen. Im Laufe des Gesprächs machten die drei Russen eine erstaunliche Aussage: „Prüfungen kommen nicht vom Markt, sondern von seinem Fehlen, von unserem langen Herumtrampeln auf dem Markt. Nachdem wir Bulgarien besucht haben, sind wir davon noch mehr überzeugt. Im Vergleich mit Moskau sieht die Lage auf dem Sofioter Verbrauchermarkt märchenhaft schön aus.“ Hausherr Shelev tröstete souverän: „Übers Jahr wird's auch bei euch so sein.“ Und dann philosophierte er noch ein bißchen über die „Gläserne Festung“, in der sich Bulgaren immer und kollektiv nach dem Grundsatz verschancen: Wecke ein in der Zeit, dann hast du in der Not – 200 bis 250 Gläser voll Fleisch und Gemüse, mit denen man den Winter schon überstehen wird.

Gewiß muß man aus dem bitterarmen Rußland nach Bulgarien kommen, um die dortige Wirtschaftslage „märchenhaft schön“ zu finden. Besucher aus anderen Himmelsrichtungen dürften eher andere Eindrücke gewinnen. Lawinenartig hat sich beispielsweise die *Arbeitslosigkeit* unter den 9 Millionen Bulgaren entwickelt: Ende März 1991 lag sie bei rund 135 000, Ende Juni bei 227 000, zum 5. September wurden exakt 319 524 Arbeitsuchende ausgewiesen, und Ende Januar 1992 waren es bereits ca. 415 000. Was dieses Phänomen noch bedrückender macht: Die Arbeitslosigkeit ist in den Industrieregionen des Landes (Sofia, Plovdiv) am höchsten, und speziell junge Hochschulabsolventen sind von ihr betroffen.

Die Wirtschaft steckt in Teufelskreisen

Bereits mit Blick auf die Arbeitslosigkeit fällt ein bulgarisches Spezifikum ins Auge: eine eigentümliche Gelassenheit, die man wohl besser illusionslose Leidensfähigkeit nennen sollte. Natürlich fehlt es in Bulgarien nicht an Versuchen, die Arbeitslosigkeit politisch-populistischen Parteizwecken dienlich zu machen, aber generell überwiegt doch nüchterne Analyse. Und die besagt, daß die Arbeit aus drei Gründen nicht reicht: Weil in der „sozialistischen“ Ordnung eine ideologisch motivierte, ökonomisch unvertretbare „Pseudovollbeschäftigung“ Priorität hatte; weil mit dem Ende des Kommunismus auch die Strukturen seiner „Kommandowirtschaft“ zerbrechen (und die in ihnen „versteckte“ Arbeitslosigkeit zur offenen wird); weil die unausweichlichen Reibungsverluste eines Übergangs zur Marktwirtschaft zuallererst in Form explodierender Arbeitslosenzahlen zu Buche schlagen.

Dieselbe „Leidensfähigkeit“ ist auch in Sachen *Inflation* vonnöten. Zum 1. Februar 1991 trat die Preisliberalisierung in Kraft, die zunächst ungeheure Teuerungsschübe brachte – Nahrungsmittelpreise verfünf- bis versiebenfacht, Preise im öffentlichen Verkehr gar verelffacht. Das bewirkte im ersten Quartal 1991 eine Inflationsrate von über 300 Prozent, die aber in den Folgemonaten auf unter 5 Prozent monatlich gehalten werden konnte. Aber

immer mehr Menschen brechen unter der allseitigen Unsicherheit der Gegenwart zusammen. Über 230 000 psychisch Kranke sind in Bulgarien bereits registriert, jährlich kommen bis zu 15 000 hinzu. Die Selbstmordrate ist sprunghaft gestiegen, die Kriminalitätszahlen sind förmlich explodiert: Von 31 992 Straftaten (1977) über 64 084 (1990) auf 187 153 (1991).

Die zwei Beispiele aus der Volkswirtschaft mögen als Erklärung dafür hinreichen, warum nur die ältesten Bulgaren der Meinung sind, die unmittelbare Nachkriegszeit sei *noch* schlimmer als das Jahr 1991 gewesen. Alle anderen sahen rückläufige Aufwendungen für das Bildungs- und Gesundheitswesen, für soziale Hilfen, sahen Produktionsausfälle, ein nahezu komplett zusammenbrechendes Außenhandelssystem, ausbleibende Energie- und Rohstofflieferungen, eine unbezahlbare Westverschuldung von über 11 Milliarden Dollar und andere Nöte mehr und konstatierten ein nationales Katastrophenjahr. Immerhin war die öffentliche Meinung so aufrichtig, einige Dinge auch als positiv zu erkennen – die gute Ernte etwa oder die erfolgreichen Bemühungen der Regierung, die Lasten gleichmäßig auf die Bürger und den Staat zu verteilen. Eine Hungersnot wurde vermieden, und die monetäre Phase der Wirtschaftsreform klappte (mehr oder weniger).

Aber bereits die Aufteilung der Reform in eine „monetäre“ und eine „strukturelle“ Phase war ein ziemlich fauler Kompromiß, der sich umgehend rächte: Das Konzept der „Schocktherapie“, von dem ehemaligen polnischen Finanzminister Balcerowicz geschaffen, war auch in Bulgarien sehr populär – nur fürchtete man den Schock. Also blieben die groß angekündigten Struktur-, Steuer-, Eigentums- und weitere Veränderungen größtenteils Stückwerk, wenn sie nicht sofort zur Farce gerieten. Beispielsweise wurde die allseits geforderte „Demonopolisierung“ der alten Staatsfirmen am grünen Bürokrantentisch vollzogen, so daß nach wie vor einige Produktionsriesen bestehen, die jede Konkurrenz niederwalzen, ohne damit die Industrie näher an Weltmarktstandards zu bringen.

Ähnlich war es mit der Neuorientierung der Wirtschaftsbranchen, der Privatisierung, dem Privatunternehmertum überhaupt: Die von allen gewünschte moderne Struktur der Volkswirtschaft ist einstweilen kaum in Umrissen zu erkennen. Und weil das so ist, befindet sich bulgarisches Wirtschaftsleben gleich in mehreren Teufelskreisen: Weil die Reform nicht recht vorankommt, steigt die Inflation, die ihrerseits die Mittel derer auffrißt, die für eine Privatisierung (als einer der Eckpfeiler der Reform) in Frage kämen; weil die Produktion verfällt, lohnen sich scheinbar nur noch sinistre „Beat-and-run“-Engagements, die zu Bankrotts und Kapitalabflüssen führen, die die Produktion weiter beeinträchtigen; weil der Ist-Zustand der bulgarischen Wirtschaft seriöse Investoren aus dem Ausland abschreckt, tummeln sich hier zweifelhafte Geschäftemacher, die das außenwirtschaftliche Prestige des Landes weiter senken; weil Wissenschaft und Kultur unter den ökonomischen Engpässen am meisten leiden, scheiden

Wissenschaftler und Kreative aus dem Beruf oder gehen ins Ausland, was einen künftigen Aufschwung zusätzlich belastet usw.

Der Blick geht nach Westen

Ein „Schlachtfeld“ besonderer Art ist die *Landwirtschaft*. Die 1950 abgeschlossene Zwangskollektivierung soll rückgängig gemacht werden, auch auf dem Land soll Privatinitiative wieder einkehren. Soweit die Grundsätze – die in der Realität gleich zweifach sabotiert wurden: Im Parlament haben die „Sozialisten“ die Reform nach Kräften verzögert und verwässert, so daß die Landrückgabe frühestens 1995 abgeschlossen sein wird. Und in den Dörfern bestimmen wie in alten „roten“ Zeiten die „Kooperativen“ mit ihren kommunistischen Seilschaften. Sie halten Saatgut und Maschinen in fester Hand, behindern die wenigen Privatbauern und haben Produkte oftmals lieber verfaulen lassen, als sie in die „oppositionellen“ Städte zu liefern.

Dennoch hat Bulgarien viele und hochmögende Freunde im Westen. „Im vergangenen Jahr“, sagte im Januar 1992 *Mariana Todorova*, Wirtschaftsberaterin des Präsidenten, „ist es uns gelungen, das Vertrauen unserer westlichen Partner zu gewinnen und zu beweisen, daß wir ein Teil der Welt sein wollen.“ Im März 1991 kam beispielsweise der Internationale Währungsfonds (IMF) zu einer insgesamt positiven Einschätzung der Reformansätze und des Reformtempos in Bulgarien und gewährte einen Kredit von 503 Millionen Dollar. Das Beispiel machte Schule, und bis August folgten weitere Kredite, Rückzahlungserleichterungen bzw. Einräumung des Meistbegünstigungsstatus durch andere Staaten und Organisationen. Bulgarien – bislang fast zur Gänze von sowjetischen Rohstoff- und Energielieferungen abhängig und deshalb gegenwärtig in höchst angespannter Lage – konnte sie gut gebrauchen.

Den Westen und vor allem die bewunderten Deutschen davon zu überzeugen, daß Bulgarien auf gutem Weg ist und darum Vertrauen verdient, war auch das Hauptziel des Staatsbesuchs, den Präsident Shelev Ende September 1991 in Deutschland machte. Das Bonner Protokoll hatte das seit Menschengedenken dichteste Programm abgesteckt, das den Präsidenten und seine Suite im Zickzack durch alte und neue Bundesländer führte. Die Bulgaren, speziell die mitreisenden Journalisten genossen dieses „Wechselbad“ – glatte Autobahnen im Westen, löcherige Rumpelpisten im Osten; in Saarbrücken ein Laboratorium, wo niemand sich von dem bulgarischen Gast in seiner Arbeit stören ließ – in Dresden ein Betrieb, wo die gesamte Belegschaft Stunden auf ihn gewartet hatte, um ihn nach Ankunft mit kollektivem Beifall zu begrüßen. Süffisante Bemerkungen über die vielen „sozialistischen“ Reste in ostdeutschen Köpfen waren damals in der bulgarischen Presse zu lesen, aber auch das bemerkenswerte Eingeständnis: „Wenn wir die Deutschen nicht überzeugen, dann sind wir verloren!“

Auch die Deutschen betrachteten den Bulgaren mit ganz

neuen Augen – als den Staatsmann, der als vermutlich erster überhaupt am 19. August den Moskauer Putsch mit aller Schärfe verurteilt und über diese seine Meinung in Moskau wie in Sofia niemandem im unklaren gelassen hatte. Dabei „pokerte“ der gelassene Shelev nicht, sondern ließ vor allem seinen politischen Gegnern im Lande – den raschest zu „Sozialisten“ mutierten Kommunisten, die durch die Moskauer Wirren auch in Sofia wieder ihre Betonköpfe hoben – eine unüberhörbare Warnung zukommen; den auswärtigen Prestigegewinn heimste er sozusagen nebenher ein. Sein Prestige in Deutschland als früher Unterstützer des deutschen Wunsches nach Wiedervereinigung ist ohnehin gesichert.

Präsident Shelev im Zugzwang

Shelju Shelev (Jahrgang 1935), Bauernsohn aus dem ostbulgarischen Veselinovo, war fast drei Jahrzehnte lang der bekannteste Dissident Bulgariens. Einen „Geniestreich“ besonderer Art landete er 1982, als er ein Buch publizierte, das „Der Faschismus“ hieß, tatsächlich aber eine radikale Abrechnung mit dem totalitären Kommunismus war. Gegen diesen Kommunismus – in den bulgarischen Farben – machte er 1988 mobil mit der Gründung des „Klubs zur Unterstützung von Glasnost und Perestrojka“, der nach der Herbst-Wende 1989 zum Kristallisationskern der in der „Union Demokratischer Kräfte“ vereinigten Opposition wurde. Zum „Sprecher“ dieser UDK wählte man Shelev, der fortan eine einfache Botschaft wieder und wieder verkündete: Bulgarien benötigt eine totale Blickumkehr – von Russophilie, Patriarchalität und „Sozialismus“ zu Westorientierung, pluralistischer Demokratie und Marktwirtschaft. Die ersten freien Wahlen im Frühjahr 1990 verlor die UDK noch – aber im August wurde Shelev zum Staatspräsidenten gewählt, nicht zuletzt dank eines dicken Stimmenpakets der regierenden „Sozialisten“. Auch sie suchten eine nationale Identifikationsfigur und fanden sie in dem prominentesten Oppositionellen Shelev.

Um die Jahreswende 1991/92 publizierte Präsident Shelev ein zweites Buch „Der Mensch und seine Persönlichkeiten“. Der ungewöhnliche Plural im Titel zeigt ganz den Autor: Shelev ist ein Intellektueller, der weiß, daß Intellektuelle nicht in die Politik passen; Macht ist für ihn kein Selbstzweck, aber er beklagt, daß der bulgarische Präsident zu wenig Macht hat; er ist ein Politiker von festen Grundsätzen, der aber den Kompromiß als Grundelement jeder Politik ansieht; er war der Einiger der bulgarischen Opposition, wollte aber nie deren Einheit um jeden Preis bewahren (so daß es in ihr bereits zu Abspaltungen kam); er absolviert jeden Tag ein immenses politisches Programm und würde doch liebend gern aus der Politik ausscheiden, käme sein Land nur auf die Füße. So gesehen, war 1991 das Jahr des Präsidenten Shelev – im Guten wie im Bösen.

Es war ein Jahr, dessen erste Hälfte im Zeichen ökonomischer Probleme stand. Völlig unterschieden davon verlief die zweite Hälfte, die den Präsidenten in unausgesetzten

Zugzwang brachte. Das begann am 12. Juli, als das Parlament die neue Verfassung bekanntmachte. Damit setzte auch ein Zwang zu Neuwahlen ein, wollte man nicht das Risiko eingehen, daß das von „Sozialisten“ dominierte Parlament die Verfassung noch in deren Sinn änderte oder interpretierte. Die Wahlen fanden am 13. Oktober statt und brachten der UDK einen Sieg, der eher eine Niederlage war: Sie gewann 110 Sitze – gegenüber 106 der „Sozialisten“ und 24 der „Bewegung für Rechte und Freiheiten“, der Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien. Nur diese drei von insgesamt 42 Parteien hatten die 4-Prozent-Hürde übersprungen, und Koalitionen unter ihnen schienen unmöglich. So ging dann die UDK das Wagnis ein, eine von der Türken-Partei tolerierte *Minderheitsregierung* zu stellen.

Grotesk, aber wahr: Gemäß Artikel 11 der neuen Verfassung dürfte es die Türken-Partei gar nicht geben, denn dieser verbietet die „Bildung politischer Parteien auf ethnischer, rassistischer oder religiöser Grundlage“. Dennoch besteht diese Partei, wie es auch christliche Parteien gibt. Solche Widersprüche zwischen Text und Realität der Verfassung zeigen, wie „provisorisch“ das neue Grundgesetz der Bulgaren ist. Zweifellos ist es gut, weil es den Menschen demokratische Rechte und Freiheiten garantiert. Daß die neue Verfassung indessen dieselbe Laufzeit wie die erste Verfassung der Bulgaren – die 1879 erlassen und erst von den Kommunisten 1947 beseitigt wurde – haben wird, ist für nicht wenige ausgeschlossen: „Ich bin sicher, daß diese Verfassung in kurzer Zeit gegen ein den bulgarischen Bedingungen entsprechendes politisches Modell ausgewechselt werden wird“, schrieb der Politologe *Sheko Kjoshev* im November 1991.

Bulgarien und die Stabilität auf dem Balkan

Über Verfassungsdebatten hatte sich zuvor die UDK zerstritten, wobei drei abtrünnige Gruppen etwa 10 Prozent der Wählerstimmen mitnahmen (was ihnen dennoch nicht ins Parlament verhalf). Auch der Präsident war nicht glücklich über eine Verfassung, die seine Kompetenzen stark beschnitt. Shelev wollte mehr und stellte sich Anfang Januar 1992 einer direkten Wahl durch das Volk. Als Kandidatin für das Amt des Vizepräsidenten hatte er *Blaga Dimitrova* ausersehen – die weltbekannte Poetessa, streitbare Ökologin, scharfe Kritikerin der Sprache und Politik der ehemaligen Kommunistischen Partei und darum auch bevorzugtes Opfer von deren Schikanen. Das Paar Shelev–Blagoeva schien unschlagbar von den anderen 22 Bewerbern, war es am Ende auch, mußte aber gleichwohl noch eine Stichwahl durchlaufen, da es beim ersten Wahldurchgang zur absoluten Mehrheit nicht gereicht hatte. Im zweiten Gang bekam Shelev knapp 54 Prozent – genug für eine fünfjährige Amtszeit, aber doch relativ wenig und eben deshalb auch eine Mahnung, überfällige Reformen zu forcieren, weil auch bulgarische Leidenfähigkeit Grenzen hat.

Eines der grundlegenden Probleme des gegenwärtigen Bulgariens ist, daß seine außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Präferenzen in verschiedenen Himmelsrichtungen liegen. Außenwirtschaftlich wäre man gern engstens mit dem Westen verbunden, mit dessen Marktwirtschaft und den demokratischen Strukturen, aus denen diese erwächst. *Außenpolitisch* aber hat man es mit höchst heterogenen Nachbarn auf dem Balkan zu tun – mit den NATO-Mitgliedern Türkei und Griechenland, die sich untereinander nicht gerade „grün“ sind, mit dem in Dauerkrisen liegenden Rumänien, mit dem im Bürgerkrieg zerfallenden Jugoslawien. Als der Balkan noch „ruhig“ war, d. h. ungeachtet aller internen Friktionen die längste Friedensperiode seit Menschengedenken durchlebte, war Bulgarien ein veritabler Unruhestifter – es provozierte die Türkei durch die erzwungene Namensänderung der bulgarischen Türken (1984), den Westen durch mysteriöse „Regenschirmattentate“ des bulgarischen Staatssicherheitsdienstes bzw. durch die nie restlos aufgeklärte „bulgarian connection“ um das Papstattentat (1981), Jugoslawien durch ständige Negation der makedonischen Eigenständigkeit u. a. m. Von Moskau hatte Sofia eine gewisse Handlungskompetenz im balkanischen Umkreis konzidiert bekommen, war aber auf strikte Bilateralität vergattert worden; diese „Vorgabe“ verurteilte die Bulgaren dazu, bei allen multilateral abgestimmten Unternehmungen auf dem Balkan eine destruktive Rolle zu spielen.

Der Balkan wurde seit Ende der 80er Jahre stürmischer, Bulgarien wurde ruhiger und berechenbarer – was in den Augen des Westens seinen neuen Wert als stabiler Faktor inmitten Europas neuralgischer Zone begründete. Mit diesem Pfund will Sofia wuchern. Eine entsprechende Botschaft ließ Präsident Shelev Mitte November 1991 von Brüssel aus den Außenministern der NATO-Staaten zukommen. In Athen und Ankara fand insbesondere sein Vorschlag zustimmendes Interesse, zwischen Bulgarien, Griechenland und der Türkei einen regelmäßigen politischen Dialog mit dem Ziel einer Festigung von Sicherheit und Stabilität auf dem Balkan aufzunehmen. Wie sich die Dinge seither entwickelt haben, scheint ein balkanischer Regionalableger der KSZE nicht mehr ausgeschlossen. Auch mit *Rußland* scheint sich ein neues, gleichwertiges Verhältnis anzubahnen. Nach wie vor ist Shelev überzeugt, daß die traditionelle Russophilie der Bulgaren das Eindringen des Bolschewismus nach Bulgarien erleichtert, weswegen er dieses historische Sentiment sozusagen als Erbübel bulgarischer „Weltanschauung“ ansieht. Andererseits läßt sich aber nicht bestreiten, daß zwischen Bulgaren und Russen eben doch eine „special relationship“ besteht, die auf der Basis ethnischer, noch mehr aber kultureller Nähe ruht.

Dieses im Geist der nachrevolutionären Gegenwart auszubauen, wäre ein wesentlicher Aktivposten für Bulgarien (und wird von diesem auch angestrebt). Selbst wenn solche Voraussetzungen nicht bestünden, wären beide Länder doch aufeinander angewiesen. In dem rohstoffarmen Bulgarien liegen Waren in Milliardenwerten für Ruß-

land, Rußland würde gern Öl und Gas an die Bulgaren liefern, aber beiden sind die Hände gebunden, weil sich ihr Außenhandel offiziell nur in harter Valuta vollzieht (die beide nicht haben). Aber Handel ist unverzichtbar, und wenn er sich auf primitivster Tauschbasis vollziehen sollte. Da bilaterale Probleme zwischen Sofia und Moskau in anderen osteuropäischen Ländern ähnlich bestehen, könnte jeder Lösungsvorschlag beiden zu einer Vorreiterrolle einer neuen osteuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft verhelfen.

Zwei periphere Momente stören mitunter das generell gute außenpolitische Bild Bulgariens. Der eine ist der im Lande aufkommende *Nationalismus mit antitürkischer Spitze* – der andere die leidige „makedonische Frage“. Zum ersten ist zu sagen, daß schwer auszumachen ist, was hier vorgeht; deutlich ist immerhin, daß die von Shelev und der UDK schwer bedrängten „Sozialisten“ seit längerem auf die nationalistische Karte gesetzt haben und entsprechende Stimmungen schüren. Ob sie damit bei den Bulgaren, deren Toleranz in Rasse- und Glaubensfragen geschichtsnotorisch ist – Bulgarien war im II. Weltkrieg das einzige Land, das seine Juden über Jahre und mit Erfolg gegen deutsche Deportationspläne verteidigte –, Erfolg auf Dauer haben werden, erscheint ausgeschlossen. Zur zweiten, der „makedonischen Frage“ ist zunächst zu bemerken, daß die alte Linie der Kommunisten – „Makedonien“ ist der geographische Terminus für eine jugoslawische Region, die von „Bulgaren“ bewohnt wird – auch von der UDK fortgeführt wurde; noch im September 1991 äußerte sich Shelev bei einem Vortrag in Bonn in diesem Sinne. Dennoch scheint diese Hardliner-Position zu bröckeln: Bulgarien hat im Januar 1992 auch die Republik Makedonien diplomatisch anerkannt, und kurz zuvor ließ sich Außenminister Ganev in Bonn etwa in dem Sinne vernehmen, daß die Makedonen national seien könnten, was immer sie wollten – Bulgaren gehe das nichts an. Zweifellos ist der junge, 1955 geborene Ganev Repräsentant einer neuen Generation Bulgaren, die der seit 120 Jahren endlos traktierten „makedonischen Frage“ keinen Geschmack mehr abgewinnen können.

Religiöse Renaissance – kirchenpolitische Querelen

Virulent wurde die „makedonische Frage“ um 1870, als der türkische Sultan seinen bulgarischen Untertanen ein nationalkirchliches „Exarchat“ zugestand, das wahre „Traumgrenzen“ – von der Donau bis zur Ägäis, vom Schwarzen Meer bis (fast) zur Adria – unter völligem Einschluß Makedoniens besaß. Die Hohe Pforte hatte gehofft, dadurch die national unruhigen Bulgaren besänftigen, sie vor allem von ihrem heimlichen Protektor Rußland lösen zu können. Das Gegenteil trat ein: Die nationale „Bulgarische Orthodoxe Kirche“ wurde zum Vehikel nationaler Aspirationen, Rußland startete unter dem Vorwand des Schutzes orthodoxer Christen auf dem Balkan seinen Krieg gegen das Osmanische Imperium, den es 1878 sieg-

reich beendete. „Nebenprodukt“ des Sieges war die Befreiung Bulgariens von 500jähriger Türkenherrschaft und seine staatliche Restituierung fast in den Exarchatsgrenzen. Der „Berliner Kongreß“ machte im Juni 1878 diesen schönen Traum wieder zunichte, indem er Makedonien von Bulgarien erneut schied. Diese Dinge sind nicht *nur* Historie, weil sie das alte balkanische Problem verdeutlichen, daß die nationalen Orthodoxen Kirchen in den Jahrhunderten wechselnder Fremdherrschaften nicht allein die Nationalkultur, sondern auch nationale Mythen lebendig erhielten. Unter dem Kommunismus hatten es diese Kirchen zugleich leichter und schwerer als andere Kirchen: Ihre Verwobenheit in die nationale Geschichte ersparte ihnen „atheistische“ Frontalangriffe – dieselbe Verwobenheit führte aber auch dazu, daß gerade die Orthodoxen mehr als andere Konfessionen von den Regimen zum Zwecke äußerer Selbstdarstellung und innerer Systemstabilisierung in die Pflicht genommen wurden. Und was geschieht, nachdem die Regime gefallen sind?

„Fora zvetulkata“ (Christophor das Glühwürmchen) lautet der Spitzname, den die witzigen Sofioter dem orthodoxen Geistlichen *Christophor Sybev* (Jahrgang 1946) verliehen haben. Mit einer eigenen Bürgerrechtsbewegung für religiöse Freiheiten beteiligte er sich aktiv an der Wende 1989, saß danach mit am „Runden Tisch“ und machte später als Organisator „alternativer Gottesdienste“, bei denen sich Zehntausende unter freiem Himmel bei Kerzenlicht trafen (daher Sybevs Spitzname), von sich reden. Sybev, der Mönch, Geistliche und ausgebildete Atomphysiker, erschien eine Zeitlang wie der kommende Patriarch der Bulgarischen Kirche (BOK).

Zwar wird Sybev *nicht* Patriarch werden, aber eine Erneuerung gerade am Haupte ist für die BOK überfällig. In Bulgarien hat sich ein „Verband der bulgarischen orthodoxen Geistlichkeit“ gebildet, der die Kirchenführung mit massiver Kritik und Enthüllungen wahrhaft haarsträubender Art überzieht: Finanzielle Unregelmäßigkeiten, Manipulationen an Statut und Wahlordnung, engste Verbindung mit dem gestürzten Regime. Der letzte Vorwurf richtete sich vor allem gegen Patriarch Kyrill (1901–1971), den die Welt bislang als weisen Kirchenfürsten, klugen Historiker, gewandten Diplomaten und Retter der Juden von Plovdiv im Krieg sah; jetzt erscheint er aus neuen Dokumenten als geborener Albaner, der vom Staatssicherheitsdienst planmäßig in die Spitze der BOK gehievt wurde und ihm diese komplett auslieferte.

Hinzu kommen ganz „irdische“ Fragen. Allzu lange wurde mit der Erarbeitung eines neuen Konfessionengesetzes gewartet, weswegen die vielen Fragen bezüglich des Eigentums bzw. der Rückgabe von Klöstern etc. in der Luft hingen. Wer bewahrt das bulgarische „Georgi-Zograf-Kloster“ auf dem Athos vor dem drohenden Zerfall? Wem gehört die weltbekannte „Gottesfestung“ Rila-Kloster südlich Sofias? Was wird aus den Dutzenden Klöstern und Kirchen, die von den Kommunisten enteignet und in Magazine, Irrenanstalten usw. „umgewidmet“ wurden?

Im Grunde sind das kirchenpolitische Fragen, die mit der religiösen Renaissance bei den Bulgaren wenig zu tun haben. Die älteste Kulturnation der Slawen hat zu ihren christlichen Anfängen zurückgefunden und will diesen Quell der Inspiration nicht mehr aufgeben. Das gilt für die Mehrheit der Orthodoxen, aber auch für die Minderheiten der kleinen Denominationen, etwa für die *Katholiken*. Seit Dezember 1990 haben die 80 000 bulgarischen Katholiken (unter ihnen 20 000 Griechisch-Katholische) wieder offizielle Beziehungen zum Vatikan, was neue Hoffnungen bei ihnen weckt – auf juristische Anerkennung als Konfession, auf Verjüngung ihres überalterten Klerus von rund 30 Geistlichen u. a. m. Daß es mit den

Katholiken aufwärts geht, beweist die Tatsache, daß es in ihren Reihen bereits handfeste Kräche gibt. Urheber ist *Toni Radkov*, Eigentümer des Verlagshauses „Glaube und Kultur“, der u. a. ein „Katholisches Blatt“ ediert; dieses Blatt hat die Oberhirten der bulgarischen Katholiken so erregt, daß sie sich „kategorisch“ von ihm distanzieren. Von solchem Hickhack abgesehen: Erste bulgarische Seminaristen sind in Rom eingetroffen, die Wiedereröffnung einer kirchlichen Hochschule ist nicht ausgeschlossen, und der Traum, den slawischen Papst Johannes Paul II. in dem Lande begrüßen zu können, in dem einst die Wiege allen slawischen Schrifttums stand, wird eines nahen Tages kein Traum mehr sein. *Wolf Oschlies*

Kurzinformationen

Die Diskussion über Stasi-Kontakte kirchlicher Mitarbeiter in der ehemaligen DDR geht weiter

Die u. a. durch das Buch „Pfarrer, Christen und Katholiken“ von *Gerhard Besier* und *Stephan Wolf* (vgl. HK, Februar 1992, 60 f.) angestoßene Debatte über das Verhältnis von Staatssicherheit und Kirche in der ehemaligen DDR hat in den letzten Wochen zu einer Fülle weiterer Stellungnahmen geführt. Der *Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland* veröffentlichte am 26. Januar 1992 eine Erklärung zum Thema „Kirche – Gesellschaft – Staatssicherheit“, in der es u. a. heißt, für die Beurteilung von Gesprächen von Kirchenvertretern mit der Stasi sei nach wie vor entscheidend, ob sie einen *Vertrauensbruch* darstellten. Dies sei eindeutig der Fall, wenn jemand auf der Grundlage einer Selbstverpflichtung die vom MfS gewünschten Informationen geliefert und Aufträge ausgeführt habe. Weder Kirche noch Gesellschaft in der ehemaligen DDR verdienten pauschale Verdächtigung und Abwertung. Im Rückblick und vom Standpunkt Außenstehender könne es leicht zu ungerechten Urteilen kommen. Wer durch Stasi-Mitarbeit, so die EKD, an anderen schuldig geworden sei, müsse die Konsequenzen, vor allem für seine berufliche Zukunft, tragen. Mißtrauen, Feindschaft und Verbitterung dürften aber nicht das öffentliche Klima beherrschen und Menschen auf Dauer voneinander trennen. – Auf *katholischer Seite* kündigte der Bischof von Dresden-Meißen, *Joachim Reinelt*, als bisher einziger Bischof in der ehemaligen DDR am 28. Januar eine generelle Überprüfung aller Priester und Mitarbeiter in seinem Bistum auf Stasi-Mitarbeit an. Reinelt forderte gleichzeitig „alle in Verstrickungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit geratenen Mitarbeiter“ nochmals auf, sich freiwillig zu offenbaren. Die Bistumsleitung wolle die Aufarbeitung des Stasi-Problems im Horizont der Versöhnung und der Vergebung betreiben. Bischof *Leopold Nowak*, der Apostolische Administrator

in Magdeburg, bezeichnete in einer Predigt Ende Januar die Stasi-Akten als „gefährlichen Sprengstoff“. Die Kirche sei besonders dazu aufgerufen, im Geist des Evangeliums nach Wegen der Bewältigung und der Versöhnung zu suchen. Der Berliner Bischof, Kardinal *Georg Sterzinsky*, sprach von einer „augenblicklichen Stasi-Hysterie“. Falsches Handeln müsse beim Namen genannt werden; die Verurteilung von Menschen sei etwas anderes.

Das kirchliche Leben im Spiegel der EKD-Statistik für das Jahr 1989

Die Zahl der evangelischen Kirchenmitglieder betrug nach der Statistik über das kirchliche Leben in den damaligen Gliedkirchen der EKD im Jahr 1989 (Vorbericht zur statistischen Beilage Nr. 86 zum Amtsblatt der EKD) 25,1 Mio zum Ende des Jahres 1989. Insgesamt traten im Berichtsjahr 147 753 Personen aus den 17 Gliedkirchen der damals noch westdeutschen EKD aus, im Jahr 1988 waren 138 700 *Kirchenaustritte* zu registrieren. Auf- bzw. wiederaufgenommen wurden 41 488 Personen. Von den insgesamt 265 239 in der evangelischen Kirche Getauften waren 94,9 Prozent (251 842) Kinder. 91 406 der getauften Kinder kamen aus konfessions- oder glaubensverschiedenen Ehen. Unter den 13 397 getauften Erwachsenen waren 63,4 Prozent Taufen von Konfirmanden. Die Zahl der *Konfirmierten* betrug im Berichtsjahr 224 478, 1988 waren es 236 392. Insgesamt 100 682 *evangelische Trauungen* wurden 1989 registriert, 727 weniger als im Jahr zuvor. Dabei waren bei 68,7 Prozent beide Partner evangelisch. Bei 10,5 Prozent der gesamten Trauungen handelte es sich um Paare mit mindestens einem geschiedenen Partner. Der Prozentsatz dieser Paare an der Anzahl aller Trauungen blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant. 321 166 Personen wurden in der evangelischen Kirche *bestattet*, davon waren 312 611 evangelisch. Der *Gottes-*